



Tom Koenigs

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227 73335
Fax: 030-227 76147
Mail: tom.koenigs@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Liebigstraße 83
35392 Gießen
Tel.: 0641-6868 1177
Fax: 0641-6868 1179
Mail: tom.koenigs@wk.bundestag.de

Berlin, 29.03.2011

Reisebericht über den Besuch in Kabul (Afghanistan) vom 07. 03. – 11.03.2011

Der Besuch hatte zum Ziel, Informationen darüber zu gewinnen, welche zivilen Maßnahmen für Deutschland angesichts des Abzugs der Streitkräfte in den Vordergrund rücken sollten, welche nach dem Abzug noch möglich und nachhaltig sein werden und welche die afghanischen Partner von Deutschland erwarten.

Ich habe mit einer großen Anzahl von Gesprächspartnern gesprochen: dem Minister für höhere Bildung, Herrn Sarwar Danesh, Beamten seines Ministeriums wie beispielsweise dem stellvertretenden Minister Herrn Osman Babury, Hochschulprofessoren, Dozenten und Studenten, Vertretern der GIZ in Afghanistan und Projektpartnern, den deutschen politischen Stiftungen Heinrich-Böll-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Goethe-Institut und dem Institut Francais, Lehrern der Amani Oberrealschule und NGOs zu Menschen- und vor allem Frauenrechten, mit dem Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten Dr. Rangeen Spanta, deutschen Generälen, Offizieren und Soldaten, Polizisten (EUPOL), dem ComISAF General David Petraeus und der Direktorin der AIHRC, Dr. Sima Samar, dem SRSG von UNAMA, Staffan de Mistura, und seinem Stellvertreter Martin Kobler, Botschaftern aus verschiedenen europäischen Ländern sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Deutschen Botschaft. Ihnen allen danke ich sehr herzlich für die offenen, freundschaftlichen und produktiven Gespräche. Besonders danke ich Herrn Dr. Thomas Zahneisen, dem Stv. Deutschen Botschafter, der nicht nur den Besuch hervorragend organisiert, sondern sich auch die Zeit genommen hat, mich in vielfältige spannende Gespräche zu verwickeln. Ich danke auch der starken Mannschaft des BKA, die mich Widerstrebenden pflichtgemäß, fürsorglich und freundlich beschützt und belagert hat.

Zunächst war ich überrascht, dass der militärische Abzug bis 2014 allgemein als Datum angenommen und anerkannt wird. Vor allem Dr. Spanta betonte, die internationale Gemeinschaft hätte getan, was sie



konnte, jetzt seien die Afghanen dran. Auch keiner der Diplomaten ging davon aus, dass man länger als 2014 bleiben wollte oder müsste. Der britische Botschafter Sir William Patey und ComISAF Petraeus betonten allerdings, dass es noch Ausbildungs- und Ausrüstungsaufgaben geben könnte, an denen man sich auch nach 2014 noch beteiligen müsste, wenn man von den Afghanen darum gebeten würde. Befürchtet wurde allerdings von Afghanen und ausländischen Gesprächspartnern gleichermaßen, dass Afghanistan nach Abzug der internationalen Soldaten in einer allgemeinen Medienunaufmerksamkeit versinken könnte. Denn dann würde wahrscheinlich die Unlust steigen, die sicher weiter großzügig versprochene zivile Hilfe auch zu leisten. Dennoch wurde aufseiten der afghanischen Gesprächspartner durchaus Kritik an einer gewissen Gießkannenmentalität vor allem von US-Geldgebern geübt. Vordringlich sei, dass die Mittel auf die von den Afghanen selbst identifizierten Bereich konzentriert würden. Dann könnte man auch ruhig weniger Geld aufwenden. Geld, das unter Umgehung der staatlichen Institutionen unkoordiniert in die Provinzen flösse, erhöhe die Korruption und schwäche die Regierung. Auch Projekte müssten von der Zentralregierung koordiniert und verteilt werden. Das sei eine Bedingung für ein nachhaltiges Aufwachsen von Verwaltungsstrukturen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die besonders Dr. Spanta vor allem aus dem Reichtum an Bodenschätzen erwachsen sah, benötige eher ausländische Direkt-Investitionen als Heere von Experten, die – wie die 200 im Finanzministerium – im Dreimonatsrhythmus rotierten und mehr Geld wieder mit nach Hause nähmen als Know-How zurückließen. Es müsse gerade im Verwaltungsaufbau mehr um nachhaltiges Capacity-Building gehen als um Get-the-Job-done Mentalität.

Immer wieder und von allen Seiten wurde die Anforderung an die Deutschen geäußert, an die großen Erfolge und die große Geschichte in der Bildung einer afghanischen Bildungselite anzuknüpfen, wie sie von der Amani-Oberrealschule in den Zwanziger und Dreißiger Jahren so erfolgreich angelegt worden sei, aber nicht überzeugend fortgesetzt würden. Der Ruf nach Bildungsinitiativen aus Deutschland und Bildungszusammenarbeit mit deutschen Institutionen kam dabei nicht nur von den üblichen Verdächtigen, dem Präsidialbüro und dem Bildungsministerium, den Stiftungen und dem Goethe-Institut, sondern auch von den Organisationen der Zivilgesellschaft, vor allem den Frauen und Frauenrechtlern. Erstaunlicherweise waren die Erwartungen an Projekte der Polizeiausbildung, die immerhin doch auch ein Capacity-Building-Projekt sind, nicht so hoch wie die an die Zusammenarbeit im Hochschulbereich und zwar aufseiten sowohl des Ministers für höhere Bildung und seinen Abteilungsleitern, als auch der Studenten und der wenigen Lehrkräfte, die an der erbärmlich ausgestatteten Universität in Kabul gute und erfolgreiche Projekte weitgehend in Eigenregie und mit viel Hingabe unterhalten.

Im Bereich der Privatschulen hat sich seit 2007 einiges getan: Die Türkei hat ein Gymnasium errichtet, das der ehemals deutschen Schule den Rang als bester Schule abgelaufen hat; die American University



entwickelt sich immer mehr zu einer Elite-Universität für die, die sich das hohe Studiengeld leisten können, und die schiitische Universität des Ajatollah Moseni hat 4.000 Studentinnen und Studenten. Dagegen ist die Universität Kabul mit wenigen Ausnahmen auf dem erbärmlichen Stand der Vorjahre geblieben. Das DAAD-Projekt des Dr. Nazir Peroz der Technischen Universität Berlin ist ein einsamer Leuchtturm. Sonst ist der DAAD unterfinanziert und wenig kreativ. Weil Mittel nur für jeweils ein Jahr zugesichert werden können, gäbe es wenig Planungssicherheit für mehrjährige Projekte, was wiederum deren Nachhaltigkeit reduziere. Dieses budgettechnische Hindernis wird als so gravierend empfunden, dass kaum Versuche zu erkennen sind, den Bedürfnissen und Forderungen der Afghanen, Studenten und Professoren gerecht zu werden. Der Auftritt des DAADs in Afghanistan folgt leider dem Vorbild der viel zu zaghaften deutschen Förderung des Bildungsbereichs in Afghanistan.

Ebenso ernüchternd war der Besuch des Goethe-Instituts in Kabul. 1965 wurde es eröffnet, 1990 geschlossen, 2003 wiedereröffnet. Die Räumlichkeiten sind leider weiterhin jene von 1965 und – wie schon ein flüchtiger Blick im Vorbeigehen zeigt – in einem erbärmlichen Zustand. Das Gebäude wurde als nicht erdbebengesichert erklärt, weswegen es nun nicht renoviert werden darf. Ein kompletter Neubau müsse her, doch für den fehlt das Geld. Die Runderneuerung anderer Institute habe Vorrang, wurde in Deutschland beschlossen. Trotzdem sind die Angebote des Kabuler Instituts beliebt und nachgefragt. Werbung schalte man nicht, um die Interessenten nicht zu enttäuschen: Es sind ohnehin alle Kurse voll. Allerdings offiziell zu einem Drittel mit Kandidatinnen und Kandidaten für einen Ehegattennachzug nach Deutschland, für den man eine Sprachprüfung ablegen muss. Bei meinem Besuch höre ich, der Anteil der Nachzieher sei deutlich höher. Ein Institut, das exponiert die deutsche Kultur- und Bildungsnation vertreten soll, jahrelang als Ein-Frau-Betrieb und in diesem baulichen Zustand zu führen zeigt eine Konzeptlosigkeit oder gar Gleichgültigkeit, der das Institut Francais, das zwei wohlbestellte Gymnasien und ein Kulturzentrum gleich nebenan unterhält, nicht geziehen werden kann. Vor dessen Runderneuerung vor zwei Jahren hatte man dem Goethe-Institut übrigens angeboten, die beiden Institute zusammenzulegen und zusammen auszubauen, ohne Antwort zu erhalten.

Die Amani-Oberrealschule, die noch drei deutsche Lehrer hat, sonst aber in afghanischer Schludrigkeit und Vernachlässigung versinkt, ist in noch schlechterem Zustand. Der Präsident Karzai ließ seinen Sicherheitsberater Spanta anlässlich meines Besuchs ausdrücklich um Hilfe und Zusammenarbeit bei der Neuaufstellung dieser Schule nachsuchen. Hier wird ein guter Name deutscher Bildungszusammenarbeit verspielt, der in Jahrzehnten erworben worden ist und bei der afghanischen Bildungs- und politischen Elite bis heute nachwirkt. Zwischen Länderhoheit für Bildung, Jährlichkeit von Finanzzusagen und Konzeptionslosigkeit der Entwicklungszusammenarbeit versinkt ein bewiesen nachhaltiges Projekt. Hier ließe sich eine Erfolgsgeschichte mit überschaubarem Aufwand und weitreichender Wirkung fortsetzen.



Die wichtigen Projekte der Lehrerbildung, Verwaltungsakademie und Juristenausbildung, die in den Nordprovinzen von Deutschland gefördert werden, will ich auf einer späteren Reise nach Afghanistan aufsuchen.

Von zwei Gesprächen möchte ich im einzelnen berichten, weil sie detailliert und aufschlussreich waren und über das Thema des Besuches im engeren Sinne hinausgehen: das mit General Petraeus (ComISAF) und das mit Staffan de Mistura (SRSG UNAMA).

General Petraeus empfängt in seinem kleinen Büro, demselben von militaristischen Kitschigkeiten vollen Raum, in dem schon seine Vorgänger gearbeitet haben. Der General spricht zunächst zur allgemeinen Lage, die er positiv einschätzt. Insgesamt habe sich der Einsatz der zusätzlichen Truppen gelohnt. Die deutschen Truppen hätten Großes geleistet. Ein Abzug 2014 sei möglich, unter bestimmten Bedingungen: wenn der Aufwuchs der Afghan National Army (ANA) sich weiter zügig fortsetze, wenn es weiterhin gelinge, den Taliban auch in Pakistan das Rückzugsgebiet streitig zu machen. Es werde auch nicht so sein, dass man die Afghanen ganz allein ließe. Mentoring und Ausbildung würde man fortführen, falls man darum gebeten werde. Die Intensität der Arbeit der Spezialkräfte sei, so der General, in den letzten 90 Tagen höher als je zuvor gewesen: Bei 1.665 Operationen seien 354 mittlere Führungskräfte des Gegners getötet oder gefangen, 513 sonstige Aufständische getötet und 1.841 gefangen genommen worden. Insgesamt seien 1.600 in amerikanischem und 8 bis 10 Tausend in afghanischem Gewahrsam. Diese Form der Kriegsführung, die anscheinend zum Schwerpunkt der militärischen Aktion in Afghanistan und Nord-Pakistan geworden ist, hat eine fragwürdige völker- und menschenrechtliche Grundlage. Petraeus deutet an, diese Einsätze könnten auch nach 2014 von den USA fortgesetzt werden. Auf einem Empfang mit Botschaftern verschiedener NATO-Länder erfuhr ich, dass es selbst in England kaum Bereitschaft gibt, sich nach 2014 noch an Kampfhandlungen zu beteiligen, geschweige denn bei den kleineren Partnern.

Ich frage danach, ob nach dem Neubau des Gefängnisses in Bagram die alte Haftanstalt, die Jahre zuvor traurige Berühmtheit bekommen hatte, ganz geschlossen sei, und bekomme zur Antwort, dass er die Fehler, die im Irak gemacht worden seien, aufgearbeitet habe, dass in seinem Team die besten Menschenrechtler der USA seien und dass er darauf achte, dass alle internationalen Rechtsstandards eingehalten werden. Alle Häftlinge könnten vom Roten Kreuz, von mir, wenn ich wollte, und der Afghanischen Menschenrechtskommission besucht werden. Letzteres hat mir Dr. Sima Samar, die Leiterin dieser unabhängigen Kommission, bestätigt.



Am nächsten Tag treffe ich den Leiter der UN-Mission in Afghanistan, Staffan de Mistura. Er fragt mich, einen seiner Amtsvorgänger, was ich ihm für UNAMA rate. Anstelle von Ratschlägen bestärke ich ihn in drei Dingen, die auch ihm wichtig sind:

- die Präsenz der UN in der Fläche. In 23 Provinzen gibt es seit Jahren UNAMA-Büros, die unabhängig von der militärischen Präsenz ihre Aufgaben wahrnehmen können. Wir sind uns sicher, dass es sie auch in kommenden Jahren mit afghanischem und mit internationalem Personal geben wird. Es ist meine Erfahrung, dass die UN-Mission insbesondere dort am meisten gebraucht wird, wo sonst wenig Hilfe hinkommt, wo kein Krieg ist und wenig Medienpräsenz ist. Wenn ab 2014 die Aufmerksamkeit schwindet, wie vielerorts zu Recht gefürchtet wird, werden die UN-Büros wieder wichtiger für die afghanische Bevölkerung. Die UN war vor 2001 im Lande und wird mit ihren Organisationen auch nach 2014 bleiben – wenn der UN von der internationalen Gemeinschaft entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Menschenrechte als Schwerpunkt des Mandats der Mission und wichtigster Schlüssel zur Zusammenarbeit mit der afghanischen Zivilgesellschaft. Menschenrechte sind Kern jeder demokratischen Bewegung, wie sich in Nordafrika gerade zeigt, und die Sorge um die Menschenrechte verbindet die afghanische Gesellschaft mit dem Rest der Welt. Eine Aufgabe von UNAMA sollte weiterhin gründliches Berichten von Menschenrechtsverletzungen, damit über jene eine öffentliche Debatte in Gang kommt, aber die dank der Berichte dann auch eine faktenvolle Grundlage hat. So hatte ich durchgesetzt, dass UNAMA die zivilen Opfer von Militäreinsätzen zählt, was letztlich zu einem größeren Schutz der Bevölkerung vor den Unbilden des Krieges (protection of civilians) geführt hat. Gerade hat UNAMA wieder einen Bericht über die zivilen Verluste durch Kriegseinwirkungen veröffentlicht, der eine besorgniserregende Zunahme der zivilen Opfer feststellte. Die Täter sind in drei von vier Fällen die Taliban. Aber jeder tote oder verletzte Zivilist ist einer zu viel; gut, dass UNAMA hier internationale Aufmerksamkeit erzeugt.
- Capacity-Building als wichtigster Punkt der Entwicklung des Landes bis und nach 2014, aber das ist für einen so erfahrenen Mitstreiter wie de Mistura eine alte Weisheit.

Mit Capacity-Building schließt sich der Kreis wieder: Afghanistan braucht Bildung, denn die ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch die Basis allen Kompetenzerwerbs. Gut, dass die Deutschen jetzt die Verwaltungsakademie in Mazar-e-Sharif fördern, um dort gute Staatsdiener auszubilden. Schade, dass ein solches konzentriertes Engagement in der Bildungsförderung erst zehn Jahr nach dem Fall der Taliban beginnt. Viel Zeit und guter Wille wurden durch Zögerlichkeit verspielt.

Dass die deutsche Afghanistanförderung durchaus in der Lage ist innovative Programme umfangreich zu unterstützen, zeigt das Beispiel Skateistan. Ein australischer Skater, Oliver Percovich, hat es 2007 gegründet. Er und seine Helfer bringen afghanischen Kindern das Skaten bei; für jede Stunde Skaten gibt es anschließend eine Stunde Schulunterricht. Die Kinder sind begeistert. Von einem afghanischen



Unternehmer hat das Projekt Skateistan ein Gelände, von Norwegen, Canada, Dänemark und der deutschen Botschaft Geld für eine 1800 m² große Halle und für Schulräume bekommen. Es ist so erfolgreich, dass eine Zweitstelle in Mazar-e-Sharif geplant ist.

Ich hoffe, dass ich auf meiner nächsten Reise nach Afghanistan die Kinder in Nordafghanistan schon in ihrem Skateistan besuchen kann.